

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Gef. Ad. Böhl, Hoflieferant, Dr. Bergerstr. u. Breitestr.-Ecke,  
Ges. Pickisch, in Firma H. Neumann, Wilhelmplatz 8  
Verantwortlicher Redakteur: G. Wagner in Posen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annonsen-Expeditionen L. Moos, Haasenstein & Vogler J. C. S. J. Hanke & Co., Invalidenstr.

Berantwortlich für den Inseratenh. W. Grann in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

# Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Nr. 860

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal, an den aus die Sonne und Feiertage folgenden Tagen jedoch zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 8. Dezember.

Inserate, die schärfste Politik über deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

## Die Begründung der Umsturzvorlage.

Aus den Motiven, welche der in der Morgen-Ausgabe unseres Blattes im Wortlaut mitgetheilten Vorlage wider die Umsturzbestrebungen zu Grunde gelegt sind, ist Folgendes hervorzuheben:

Die ganze (früher geplante) gesetzgeberische Reform trat in den Hintergrund, als in Folge der Beiteilegnisse und namentlich der verbrecherischen Anschläge wider das Leben des verehrten Kaisers Wilhelm I. mit dem Gesetze "gegen die gemenggefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21. Oktober 1878 der Weg der Ausnahmen erregeln gegen die Ausschreitungen bestimmter Parteirichtungen eingeschlagen wurde. Aber auch unter diesen veränderten Verhältnissen hat die Frage, ob nicht auf dem Boden des gemeinen Rechts eine Verstärkung der staatlichen Schutzmittel gegenüber den offenkundigen, Ordnung und Sitte unterordnenden Bestrebungen unserer Staats- und Kulturleben feindlichen Elemente herbeizuführen sein möchte, wiederholt praktische Gestalt gewonnen.

Als das Ausnahmegesetz vom 21. Oktober 1878, nach mehrfachen Verlängerungen seiner Geltungsdauer, am 1. Oktober 1890 außer Kraft getreten war, mußte jene Frage wieder zu verstärkter Bedeutung gelangen. Mancherlei Vorgänge aus neuer fester Zeit im Auslande, wie auch im Innlande drängen zu der Überzeugung, daß gesetzgeberische Abwehrmaßnahmen nach der soeben bezeichneten Richtung hin nicht länger aufgeschoben werden dürfen. Auch dem ruhigsten Beobachter kann nicht entgehen, daß die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung mit wachsenden Schwierigkeiten und Gefahren zu kämpfen hat. Die Erleichterung und Ausdehnung aller Verkehrsbeziehungen trägt dazu bei, frankophile und verbrecherische Bestrebungen, die zunächst in den eigenartigen Verhältnissen anderer Staaten sich entwickelt haben, auch in unserm Vaterland zu verpflanzen und ihnen bis in die entlegenen Theile des Landes Verbreitung zu schaffen. Bervollkommenungen der Technik und der Verkehrsmittel haben das Emporwuchern einer Tagessliteratur begünstigt, welche in den Dienst jener Bestrebungen sich stellt und bis in die kleinsten Orte und bis in die unreife Jugend hinein ihre Ideen verbreitet. Das noch immer siegende Wachsthum der großen Städte erleichtert es, große Volksmassen rasch mit gefährlichen Ausschauungen zu erfüllen und zu einer Staat und Gesellschaft bedrohenden Haltung zu verleiten. Die Neuerwachung und Unterdrückung staatsfeindlicher Kundgebungen und sonstiger Angriffe gegen die bestehende Ordnung wird unter solchen Verhältnissen mehr und mehr erschwert, und die Wirkung der Angriffe gestaltet sich zugleich bedrohlicher.

Es ist nicht zu erwarten, daß diese Verhältnisse in Bälde eine Änderung erfahren und daß die daraus entspringenden Bewegungen an Energie und Erfolgen eindünnen werden. Im Gegenthell liegt die Besorgnis nahe, daß demnächst auch die bis jetzt noch unberührte gebüschte Volkschicht unter dem vergiftenden Einfluß staatsfeindlicher Bestrebungen zu leiden haben werden. Vertreter und Beiführer der zügelosesten Abart staatsfeindlicher Theorien, des Anarchismus, sind bemüht, durch Thaten wohnwütigen Hasses gegen Ordnung und Gesittung weite Volkskreise in Eregung zu rufen und mit Zweifeln an der Berechtigung der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung zu erfüllen. Wenn gleich der Anarchismus das Feld seiner verbrecherischen Thätigkeit bisher hauptsächlich im Auslande gesucht hat, so ist doch die Besorgnis nicht abzuweisen, daß er im Innlande an Boden gewinnt. Schon haben sich in größeren deutschen Städten Verbindungen anarchistischer Richtung gebildet und weitere derartige Verbindungen sind in der Bildung begriffen. In letzter Zeit hat sich auch der Zugang einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Personen bemerkbar gemacht, welche wegen ihrer anarchistischen Wirksamkeit aus besiedelten Staaten, vornehmlich Frankreich und der Schweiz, ausgewiesen worden sind. Offentliche Versammlungen, in denen aufzutretende und nabezu aufrührerische Kundgebungen erfolgen, sowie anarchistische Schriften, die in einzelnen Orten und Gegenden in augenscheinlich vorbedachter Weise verbreitet werden, treten der Thätigkeit jener Vereine und Personen zur Seite. Was insbesondere die Verbreitung von Schriften betrifft, so kommen außer einem Berlin in bedeutender Auflage erscheinenden Tagessblatte, dessen Inhalt selbst unter dem jetzigen Rechte zu zahlreichen strafrechtlichen Verfolgungen Anlaß gegeben hat, und außer den in unregelmäßigen Zwischenräumen erscheinenden Heften eines, als "anarchistisch" bezeichneten Unternehmens namentlich die aus dem Ausland eingeführten Preberzeugnisse des Londoner Klubs "Autonomie" in Betracht. Dieser Klub ist wiederholt in gerichtlichen Urtheilen als der Mittelpunkt der anarchistisch-sozialistischen Thätigkeit bezeichnet worden, die insbesondere auch den Umsturz der bestehenden Ordnung in Deutschland verfolgt. Unter den im Innland ermittelten Anhängern des Anarchismus fehlt es an solchen nicht, welche die schärfsten Färbungen derselben vertreten oder ihn zum politischen Beschönigungsmittel für gemeine Verbrechen machen. Einen Fall dieser Art hat eine kürzlich vor dem Berliner Schwurgericht zur Verhandlung gelangte Strafsache enthüllt, welche die Verurteilung der Angeklagten, und zwar die des Hauptangeklagten zu einer zwölfjährigen Buchthausstrafe und zu Ehrenstrafen, zum Ergebnis hatte; die im Laufe dieser Untersuchung vorgenommenen umfassenden Haussuchungen haben die Annahme nahe gelegt, daß

Angeklagtes dieser Sachlage kann die Gelehrtebildung sich der Pflicht nicht entzögeln, Anreizungen zur Miachtung von Gesetz und Ordnung, Verböhnnung und Schmähung der rechlichen und sittlichen Grundlagen von Staat und Gesellschaft, Verherrlichung oder Androhung von verbrecherischen Handlungen, planmäßige Vorbereitung oder Förderung des gewaltamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung nachdrücklicher als bisher zu treffen. Das eine in den bezeichneten Richtungen unzulängliche Strafgesetz

gebung die sittliche Verwirrung und die Erschütterung des Rechtsbewußtseins in der Bevölkerung leicht fördern, eben damit aber einer Ausbreitung des staatsfeindlichen Treibens Vorschub leisten kann, ist eine Erkenntnis, die sich gerade in der letzten Zeit immer mehr Geltung verschafft hat.

Die hierauf erforderlichen Aenderungen der Strafgesetze brauchen den Boden des allgemeinen Rechts nicht zu verlassen. Verfolgen sie auch zum Theil den ausgesprochenen Zweck, die Förderung von Umsturzbestreben oder die Verleitung zu solchen unmittelbar zu treffen, so lassen sich doch solche Bestrebungen, ebenso wie hochverrätherische oder landesverrätherische oder gemenggefährliche Unternehmungen unabhängig von jeder politischen oder wirtschaftlichen Parteirichtung denken. Die dagegen gerichteten Strafbestimmungen sollen daher für jeden Mann gelten und es kommt nur darauf an, daß ihnen, um auch nicht den Schein eines willkürlichen Ermessens bei ihrer Anwendung entstehen zu lassen, eine möglichst bestimmte Begrenzung gegeben werde. Zu diesem Zweck hat der Entwurf im Thatbestande beabsichtigt näherer Kennzeichnung jener Bestrebungen durchweg den Begriff "des gewaltamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung" verwendet. Im Sinne des Entwurfs gehören zur Staatsordnung nicht nur die eigentlichen Verfassungseinrichtungen, sondern auch die gesellschaftlichen Grundlagen des staatlichen Verbandes, soweit sie im bestehenden Rechte Anerkennung und Schutz finden, vor allem die Familie und das Eigentum, ohne welche der Bestand eines geordneten Staatsweises für unsere Anschauungen ausgeschlossen ist. Auf der anderen Seite soll aber die Strafbarkeit des Handelnden stets von der Voraussetzung abhängig sein, daß seine Absicht auf den gewaltamen — also den mit verbrecherischen oder sonstigen gewaltthätigen Mitteln herbeizuführenden — Umsturz gerichtet ist. Hieran und da die Anwendung dieser wie der übrigen Strafverschriften des Entwurfs ausschließlich in der Hand der ordentlichen Gerichte liegt, werden die vorgenannten Bestimmungen für die wissenschaftliche Tätigkeit ebenso wenig ein Hemmnis bilden, wie für solche politische Bestrebungen, die lediglich eine Weiterentwicklung der von ihnen vertretenen Ideen auf dem Boden der staatlichen Ordnung sich zum Ziele setzen. Die allgemeine bürgerliche Freiheit und deren berechtigte Ausübung bleiben daher unberührt.

## Preistimmen über die Umsturzvorlage.

Die "Posse" meint, die Umsturzvorlage zeige ein Aussehen, daß man ihre unveränderliche Annahme als ausgeschlossen, ihren Werth im Kampfe gegen die Sozialdemokratie als verschwindend ansehen kann.

Die "Germania" bemerkt zur Umsturzvorlage, die Strafandrohungen gegen Redner, Redakteure und Verfasser würden von der sozialdemokratischen Partei besser überstanden werden als von allen anderen Parteien, weil die Sozialdemokraten die straffste Parteiorientation und die reichste Parteikasse haben und auch reichliches Material an Persönlichkeiten für Sigrabekreure und eventuell sogar Sigrabekreure. Es werde zu Kommissionssitzungen kommen, die darüber entscheiden, was von der Vorlage ganz verworfen, und was geändert, was gelassen und — was zugestellt wird. Denn wird einmal überhaupt auf diesem Gebiete etwas gethan, dann können doch z. B. noch einige Bestimmungen zum Schutze der Sittlichkeit hinzukommen. Wir unsererseits werden noch im Einzelnen betreffs der Vorlage prüfen, was prinzipiell zulässig ist oder nicht, was nötig oder weniger durchschlagend nötig und was gar schädlich ist.

Das Organ des Bundes der Landwirthe, die "Dtsch. Tagessig.", findet sich durch die Vorlage in ihren Erwartungen getäuscht. Dieselbe werde die Abwehr der Umsturzgefahr nicht erreichen, dagegen die freie Aussprache gewaltig erschweren, ja unmöglich machen.

Die "Nationaltag." meint, daß kaum weniger vorgeschlagen werden könne, und daß der Entwurf durchaus den Stempel der Rücksichtnahme trage, die während der Regierungskrisis eine so große Bedeutung erlangte. Das Blatt debauert, daß der § 130 nicht noch schärfer gefaßt worden ist. Mancher werde der Meinung sein, daß zu dem Zweck der Bekämpfung der schlimmsten Feinde des Nationalstaats eben zu wenig geschehe.

Die freikonservative "Post" ist mit der Umsturzvorlage ganz einverstanden. Sie sei ein erster und bedeutungsvoller Schritt und deshalb voller Zustimmung und kräftiger Unterstützung werth.

Die antisemitische "Staatsbürger-Zeitung" bezeichnet den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung als unannehmbar für jeden, der das Recht der freien Meinungsäußerung nicht einfach aufzuerben mag. Das sei kein Umsturzgesetz, sondern die Knebelung von Wort und Schrift in unbegrenzter Weise.

Der "Vorwärts" schreibt: Endlich ist sie da, die Umsturzvorlage, deren Geburtswehen bereits einem Reichskanzler und einem preußischen Ministerpräsidenten die Lemter gekostet haben und alle bürgerlichen Parteien monatlang in Aufregung gehalten, nicht aber die Sozialdemokratie. Und mit dem nämlichen Gleichmut, mit dem wir sie erwarteten, betrachten wir sie jetzt, da sie vor uns liegt: ein ohnmächtiges Ding, ohnmächtig und wäre sie zehnmal schärfer noch abgefaßt, zehnmal wichtiger ausgefallen und von zehnmal geschickteren Händen geführt, als die sind, die jetzt zu ihrer Handhabung bereit gehalten werden... Kommt das Gesetz zu Stande, so werden zwiefellos neue und verschärfte Quälereien und Verfolgungen über unsere Genossen überall in Deutschland hereinbrechen, und so mancher mißliche Publizist oder Agitator anderer Parteien wird gleichfalls so nebenbei seinen Zell abkriegen; aber es gehört eine wirklich an das Urteil des Kanzlers Oxforderma über die Weltregierung gemahnende Kurzsichtigkeit dazu, wenn man glaubt, daß durch solche Verfolgungen die Sozialdemokratie geschädigt, die Arbeiterbewegung in ihrer Entwicklung gehemmt, der Sieg der sozialistischen Ideen verhindert werden könne.

Angesichts dieser Sachlage kann die Gelehrtebildung sich der Pflicht nicht entzögeln, Anreizungen zur Miachtung von Gesetz und Ordnung, Verböhnnung und Schmähung der rechlichen und sittlichen Grundlagen von Staat und Gesellschaft, Verherrlichung oder Androhung von verbrecherischen Handlungen, planmäßige Vorbereitung oder Förderung des gewaltamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung nachdrücklicher als bisher zu treffen. Das eine in den bezeichneten Richtungen unzulängliche Strafgesetz

## Deutschland.

Berlin, 7. Dez. [Die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstags] hat sich über die neue Fassung des Antrags Kaniz, welche der Ausschuss des Bundes der Landwirthe ausgeschüttet hat, noch nicht schlüssig gemacht. Der Grundgedanke des Antrags, daß das Recht ausschließlich den Einkauf und den Verkauf des ausländischen Getreides übernehmen soll, wird aufrecht erhalten. Die Minimalsätze für den Verkauf des Getreides, welche der Antrag Kaniz enthielt, sind beiseitiert; der Verkaufspreis soll nach den Durchschnittspreisen der letzten 40 Jahre bestimmt werden, aber mit dem Vorbehalt, daß für die teurer produzierenden Gebietsteile Zusätzliche zu den Durchschnittssätzen eintreten. Wie die Produktionskosten ermittelt werden sollen, wird verschwiegen. Der Ausschuss hat auch noch nicht berechnet, welche Preise für die einzelnen Getreidearten nach dem 40jährigen Durchschnitt sich ergeben würden. Daß zwei nationalliberale Mitglieder der wirtschaftlichen Vereinigung die Abg. Dr. Clemm-Ludwigshausen und Prof. Ennecker sich an der Berathung des neuen Antrags in einer Weise beteiligt haben, daß ihre Zustimmung zu demselben nicht von vornherein ausgeschlossen ist, ist in hohem Grade auffallend. Abg. Dr. Clemm hat bei der Abstimmung über den Antrag Kaniz am 14. April d. J. ohne Entschuldigung gefehlt; Abg. Ennecker aber hat gegen den Antrag gestimmt.

Ein Stempelsteuer ergesezt wird, wie offiziös der Münchener "Allg. Ztg." mitgetheilt wird, dem preußischen Abgeordnetenhaus sicher vorgelegt werden. Dagegen soll von der Einbringung eines Lehrerbesoldungsgesetzes für diesmal Abstand genommen werden. Nach dem "Hannov. Cour." fürchtet die Regierung eine Verbitterung der Landwirthe in den östlichen Provinzen, wenn gerade jetzt die Besoldungsverhältnisse der Lehrer generell aufgebessert würden.

L. C. Den Befürwortern neuer Reichsteuern ist es begreiflicher Weise in hohem Grade unheimlich, daß die Erträge der bestehenden Reichsteuern im Wachsen begriffen sind. Es bleibt also nichts übrig, als diese Thatsache so gut und so schlecht es eben geht, zu verbunkeln. So hat neulich die "Post" konstatiert, auf die Fortdauer der Einnahmesteigerung im nächsten Etatsjahr sei nicht zu rechnen, weil dieselbe in der Hauptsache aus den Getreidezöllen herrührte und der Ertrag dieser im nächsten Jahre nicht zu berechnen sei. Jetzt, wo der Etat für 1895/96 vorliegt, zeigt es sich, daß die Ansicht der "Post" nicht einmal von dem Reichsschatzamt getheilt wird. In den Erläuterungen zum Bollettat wird zunächst die Durchschnittseinnahme aus Zöllen in den letzten drei Jahren berechnet. Dann heißt es: "In dieser Einnahme sind 72209782 Mark an Zöllen für die fünf Hauptgetreidearten (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais) enthalten." Das Reichsschatzamt zieht daraus aber nicht den Schluss, daß diese Einnahme für das nächste Jahr unsicher sei; im Gegenthell. "Mit Rücksicht darauf, wird ausgeführt, daß in Folge der günstigen inländischen Getreidernten der Jahre 1892 und 1893 eine geringere Einfuhr von ausländischem Getreide stattgefunden hat, als im Durchschnitt angenommen werden kann, wird für das Etatsjahr 1895/96 nach Maßgabe des Durchschnitts der drei letzten Etatsjahre bei Zugrundelegung der vertragsmäßigen Sätze für die fünf Hauptgetreidearten eine Mehreinnahme von 7 Millionen Mark angenommen." Das ist also das gerade Gegenthell von der Behauptung der "Post". Die Zölleinnahmen werden voraussichtlich im nächsten Jahr nicht sinken, sondern noch weiter wachsen. Wenn übrigens die Voraussetzung, daß die nächste Ernte eine weniger gute sein werde, als in den letzten Jahren sich als zutreffend erweist, so würden auch die Getreidepreise im Inlande steigen.

Dreizehn türkische Offiziere sind neuerdings vom 1. Januar als Sekondleutnants à la suite der preußischen Armee gestellt und verschiedenen Truppentheilen zur Dienstleistung überwiesen worden.

Der Bund der Landwirthe hat in seinen Bundesbeschlüssen vom 4. Dezember auch die Forderung ausgesprochen nach der Errichtung von staatlichen Kornhäusern und der Organisation der Landwirtschaft zwecks genossenschaftlicher Nutzung.

Für die erste Berathung der Umsturzvorlage haben die Sozialdemokraten die Abg. Auer, Frohne und Singer als Redner bestimmt.

Gegen den antisemitischen Reichstagabgeordneten Leu ist die Schwurgerichtsverhandlung in seiner Meinungs-Angelegenheit auf den 14. und 15. Dezember angesezt.

## Italien.

\* W. T. B. Rom, 7. Dez. [Deputirtenkammer.] Colajanni räte an die Regierung die Frage, ob es nicht zweckmäßig sei, gegen die Staatsbürger einzuschreiten, welche Dokumente im Besitz haben, die sich auf die Justizverwaltung und das öffentliche Leben beziehen. Ministerpräsident Crispi erwideret, in der von dem Antragsteller ins Auge gesetzten Angelegenheit seien weder die Kammer, noch das Ministerium kompetent. Es sei Sache der Justizbehörde, solche Schriftstücke, in welchen sie den Beweis für ein Verbrechen zu finden vermöge, zu veranlassen für den Fall, daß diese Schriftstücke nicht freiwillig vorgelegt würden. Colajanni entgegnet, daß es einem Privatmann nicht gestattet sei, Schriftstücke zu behalten, welche ihm in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident zugegangen seien, und dies um so weniger, wenn der verbrecherische Charakter solcher Dokumente öffentlich behauptet wird und wenn man weiß, daß ihre Veröffentlichung die Hauptursache eines peinlich berührenden Freispruches war. Der Redner wandelt am Schluss seiner Rede seine Anfrage in eine Interpellation um. Crispi antwortet, es sei ihm unbekannt, was diese Dokumente enthalten; in jedem Falle werde er die Interpellation abwarten. Colajanni ruft: "Sie haben Furcht!" worauf Crispi mit erhobener Stimme erwideret: "Dieses Wort existiert in meinem Wörterbuch nicht!" Der sozialistische Abgeordnete Brampolini ruft bestätigte Worte in den Saal, wodurch ein lebhafte Wortstreich zwischen ihm, Micali und anderen entsteht. Es erhebt sich ein großer Lärm, Proteste er tönen. Der Präsident ermahnt zur Ruhe, doch verstreicht einige Zeit, bevor die Berathung fortgesetzt werden kann. Stolz war bei der Begründung der Anfrage Colajannis im Hause anwesend.

## Aus dem Gerichtssaal.

e. Schweidnitz, 7. Dez. Heute wurde vor der hiesigen Strafkammer der Rechtsanwalt Steiner aus Waldenburg wegen Unterhöhlungen, die er als Konkurs- und Nachlaßverwalter in 62 Fällen begangen hat und deren Gesamtbetrag sich auf 29 000 Mark beläuft, zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt. 9000 Mark batte der Angeklagte selbst zurückgezahlt und 4000 Mark berechnet er auf Auslagen, die er als Konkursverwalter gehabt hat, und andere Kosten.

## Vermissies.

† Aus der Reichshauptstadt, 7. Dez. Neben einem Sichtmordversuch meldet der amtliche Polizeibericht: Am Donnerstag Nachmittags verlor eine Frau aus Spandau in einem Berliner Hotel ihren zweijährigen Sohn Arthur, angeblich in Folge von Nahrungsorgeln, mittels Chloroform zu töten. Das Kind wurde jedoch durch einen Arzt wieder ins Leben zurückgerufen und nach der Charité gebracht. Die Frau wurde verhaftet. Wie verlautet, ist die Mutter die 24jährige Witwe Lechner aus Danzig. Sie wohnte seit dem 7. Oktober d. J. bei ihrer Schwägerin in Spandau, wohn sie von Hamburg gezogen war. Früher ist die Verhaftete in der Stegelstraße zu Berlin Krankenwärterin gewesen. Sie ist anscheinend in Hamburg verheirathet gewesen, denn ihr Sohn Arthur ist dort geboren. Bald nach dem ihr das Zimmer im Hotel angewiesen war, bestellte sie zwei Tassen Fleischbrühe, dann rief sie das Haussädchen, dem sie unter Hinweis auf ihren am 1. Februar 1892 geborenen und auf einem Bett liegenden Sohn Arthur erklärte: Lassen Sie die Polizei benachrichtigen: ich bin die Mutter meines Sohnes und muß verhaftet werden. Ein Kellner teilte nun sofort dem dritten Polizeiviertel in der Neuen Wilhelmstraße den Vorfall mit, das den Kellnern mit einem chloroformgetränkten Taschentuch im Mund bewußtlos vorstand und ihn nach der Charité bringen ließ, nachdem

ihm vorher Milch eingeflößt worden war. Das Kind befand sich am Freitag Morgen noch am Leben.

Ein kleiner nicht ungewöhnlicher Roman hat sich jüngst in Berlin, wie folgt, abgespielt. Das amtliche Organ des königlichen Polizeipräsidiums veröffentlicht das Porträt einer von ihm selbst als sehr hübsch bezeichneten Person, welche den einfachen Namen Dubbenstein führt, de facto aber als Prinzessin Ghita, Baronin v. Tarnow, auch v. Rogalski, mit verschiedenen Lebemannen in Verbindung trat. Bedenfalls hat die Dame es verstanden, sich ein vornehmes "Air" zu geben, denn alles war entzückt von der Liebenswürdigkeit und Herablassung der vornehmen Dame. Das lediglich platonische Verhältniß ist den jungen Herren aber ziemlich theuer zu stehen gekommen, denn von drei Wötern liegen Anzeigen vor, wonach der eine schon 150 000 Mark Schulden für seinen Herrn Sohn bezahlen müßt, die derselbe im Interesse der "jungen Dame" gemacht hat. Jetzt ist die "Dame" verlustig und die Postzeit interessiert sich ungemein für ihren augenblicklichen Aufenthalt.

Neben den Selbstmordversuch eines Schuhmanns wird berichtet: Der Schuhmann Ernst Geßloff war im Okt. d. J. bei der hiesigen Polizei angestellt worden, nachdem er fünf Jahre bei dem Leib-Grenadier-Regiment Nr. 8 in Frankfurt a. O. gedient hatte. Am 28. Oktober verheirathete er sich hier und geriet durch die Beschaffung der häuslichen Einrichtung in Schuldverbindlichkeiten. Dies kam zur Kenntnis der vorgelegten Behörde, und Geßloff wurde in der dritten Polizeihauptwache, der er angehörte, protokollarisch vernommen. Hieraus befürchtete er ernste Nachhelle, taufte sich eine kläuse Salzsäure und begab sich am Donnerstag Mittag nach Straßau. Dort trank er das Gift auf einer Kegelbahn. Man fand ihn alsbald auf und brachte ihn nach einem Berliner Krankenhaus, wo er schwer darnieder liegt.

Dreimal überfahren wurde am Donnerstag Abend der Führherr Risse aus der Thaerstraße. Auf dem Wege von Hohen-Schönhausen nach Berlin fiel er im Schloß von seinem Kremferwagen, dessen Räder über ihn fortgingen. Über den hilflosen Dämmen sind in der Dunkelheit dann noch zwei Fuhrwerke, ein Arbeitswagen und ein Omnibus der Linie Hohen-Schönhausen-Berlinsburgerstraße hinweggegangen. Der Omnibusfahrer entdeckte den Unglüdlichen und schaffte ihn in das Krankenhaus Friederichshain, wo der Bedauernswerte bald darauf verstarb.

† Zu Tode gestürzt. Außer den beiden Maurern, die, wie wir schon meldeten, in Sachsenhausen ums Leben kamen, fand dort auch ein Dachdecker den Tod. Er trat angeblich auf das Dach-Laufbrett an der Hausfront, dieses brach, und der Unglüdliche fiel über das Schutzdach hinweg in die Tiefe, wo er als zerstörte Leiche liegen blieb. Sein Gefährte bei dem Unfall konnte sich noch rechtzeitig an der Dachlinie halten und das Schutzdach erklettern. D., ein Bayer von Geburt, war im Herbst vom Militär entlassen.

## Lokales.

### Posen, 8. Dezember.

g. Der Breslauer Bezirkseisenbahnrath hält am 7. d. M. unter dem Vorsitz des Eisenbahndirektions-Präsidenten Wehrmann in Breslau eine Plenarsitzung ab. Aus den gepflogenen Verhandlungen sei zunächst betreffs der Fahrplanänderungen im nächsten Sommerhalbjahr erwähnt, daß ein von der lgl. Eisenbahndirektion eingebrachter Antrag auf Einschränkung des Betriebes auf der Strecke Lissa i. P.-Gotha-Farotschin durch Wegfall eines Morgenzuuges und zweier Abendzüge, welcher Antrag durch die geringe Frequenz motiviert wurde, vom Bezirkseisenbahnrath abgelehnt wurde. Angenommen wurde ein Antrag, daß an den in den Wagenpark der prauischen Staatsbahnhverwaltung eingestellten Kesselwagen, welche privates Eigentum sind, die erforderlichen Reparaturen (ausschließlich der an der

Eisterne nothwendigen) künftig auf Kosten der Bahn hergestellt werden. — Von den Vertretern für Polen, Kommerzienrat Herz und Dr. Kampfe lag der Antrag vor, sich dafür auszusprechen, daß die jetzt bestehenden Frachtsätze des Tariffs für Abtriebsländer ermäßigt und wie folgt festgesetzt werden: auf eine Entfernung von 1 bis 5 Kilometer 0,06 M., 6–13 Kilometer 0,07 M., 14–21 Kilometer 0,08 M., 22–29 Kilometer 0,09 M., 30–38 Kilometer 0,10 M., 39–52 Kilometer 1,11 M. pro 100 Kilogramm. Der Bezirkseisenbahnrath nahm, wie schon telegraphisch gemeldet, den Antrag mit der Maßgabe an, daß die Frachtermäßigung erst von fünf Kilometern aufwärts zu beginnen habe.

Ein Antrag, dahin zu wirken, daß der Anteil der preußischen Bahnen an den Frachtsätzen für zum Hochszen betriebe bestimmt Eisenbahn und Schaden im ostdeutsch-österreichischen Eisenbahnverbande ermäßigt und auf den Satz des Tariffs für Massenartikel, die auf 1,5 Pf. pro Tonnenkilometer und 60 Pf. Expeditionsgeld für zurückgeführt werde, wurde vom Antragsteller zurückgezogen, nachdem er fünf Jahre bei der hiesigen Polizei angestellt worden, nachdem er fünf Jahre bei dem Leib-Grenadier-Regiment Nr. 8 in Frankfurt a. O. gedient hatte. Am 28. Oktober verheirathete er sich hier und geriet durch die Beschaffung der häuslichen Einrichtung in Schuldverbindlichkeiten. Dies kam zur Kenntnis der vorgelegten Behörde, und Geßloff wurde in der dritten Polizeihauptwache, der er angehörte, protokollarisch vernommen. Hieraus befürchtete er ernste Nachhelle, taufte sich eine kläuse Salzsäure und begab sich am Donnerstag Mittag nach Straßau. Dort trank er das Gift auf einer Kegelbahn. Man fand ihn alsbald auf und brachte ihn nach einem Berliner Krankenhaus, wo er schwer darnieder liegt.

Zu Tode gestürzt. Außer den beiden Maurern, die, wie wir schon meldeten, in Sachsenhausen ums Leben kamen, fand dort auch ein Dachdecker den Tod. Er trat angeblich auf das Dach-Laufbrett an der Hausfront, dieses brach, und der Unglüdliche fiel über das Schutzdach hinweg in die Tiefe, wo er als zerstörte Leiche liegen blieb. Sein Gefährte bei dem Unfall konnte sich noch rechtzeitig an der Dachlinie halten und das Schutzdach erklettern. D., ein Bayer von Geburt, war im Herbst vom Militär entlassen.

z. Kirchliche Feier. Gestern Nachmittag 2%, Uhr begab sich der Weihbischof Witowski in vierspaniger Equipage nach Wiry, um einer kirchlichen Feier beizuwollen. Am Weihbischof wurde die Equipage von sechs Reitern empfangen, und nach dem Bestimmungsort begleitet. In Demben waren Ehrenposten errichtet.

\* Personalnotiz. Der Staatsanwalt Dr. Kug in Lissa i. P. ist an das Landgericht I in Berlin versetzt worden. Der Referendar Troesch ist zum Gerichtsassessor im Bezirk des Obersandesgerichts zu Posen ernannt worden.

z. Mit der Aufführung von Christbäumen nach der Wilhelms-Allee ist gestern begonnen worden.

## Aus der Provinz Posen.

† Schneidemühl, 6. Dez. [Entschädigungen aus der Brunnen-Katastrophe. Brunnen-Vortriebe. Wohlthätigkeits-Vorstellung.] In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich die Versammlung einzeln und allein mit der Vorlage betreffend die Entschädigung derjenigen

## Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

Nachdruck verboten.

Berlin, 7. Dezember.

Die Eröffnung der Reichstagsession und die Schlussteinlegung im neuen Reichshause bildet das Charakteristikum dieser Woche. Die Eröffnung fand, wie Sie bereits gemeldet haben, diesmal nicht im Weißen Saale des Residenzschlosses statt, da dieser Saal einer durchgreifenden Verschönerung unterzogen werden soll, sondern im Rittersaal und da dieser nicht Raum dazu gewährt, waren nicht offizielle Persönlichkeiten und Nichtparlamentarier nicht zugelassen. Auch bei der Feier der Schlussteinlegung in dem Reichshause, an deren Hauptfront das Portalgiebelfeld die dazu bestimmte Bezeichnung "Dem deutschen Volke" noch immer nicht aufweist, ist man ziemlich exklusiv verfahren. Ein paar Preßvertreter waren dazu auch eingeladen worden — der Direktor des Reichstags, ein literarisch und journalistisch unkundiger Herr namens Knack gibt den Ausschlag für die zu treffende Auswahl und die Berliner Journalistik, der es leider an jeder Neigung fehlt, die Rechte ihres Standes und ihr Standesbewußtsein geltend zu machen, läßt es sich ruhig gefallen, daß man nicht Vertreter jedes Berliner Blattes eingeladen hat. Die Bevölkerung Berlins hat an dem Festtag am Mittwoch nur die Freude erlebt, ein paar Hofequipagen mehr als sonst auf der Straße fahren zu sehen. Bei der Exklusivität der ganzen Feier kann es nicht überraschen, daß nicht einmal in den dem neuen Reichstagsgebäude benachbarten Straßen die Gebäude geflaggt hatten.

Aber die Exklusivität dieser Feier kann doch nicht die Freude darüber hören, daß wir nun in dem neuen Reichstagsbau das erste, gewaltige Architektur-Monument des neuen deutschen Reiches begrüßen können. Wieweit es im Innern zweckmäßig angelegt ist, darüber wird erst später zu urtheilen sein, aber die Außenarchitektur des grandiosen Baues beweist, daß man es mit einer künstlerischen That ersten Ranges zu thun hat, deren Ruhm mit der lauen Anerkennung in der Thronrede, die nur von "erstem Schaffen" und "vaterländischen Fleisch" spricht, nicht erschöpft ist. Ist doch das neue Reichshaus ein Monument moderner, von dem Geiste und der Empfindung der Gotik durchwehter deutscher Baukunst. Ausgehend vom Stil der römischen Hochrenaissance, hat Wallot Elemente aus anderen Stilarten, so aus Gotik und Barock zu einem ihm eigenhümlichen Stil verschmolzen, der ebenso sehr durch Monumentalität imponirt, durch Phantasiefülle und Rhythmus anzieht, wie durch seine aufs höchste umwerkswerthe Harmonie zwischen Architektur und Plastik einen Martern in der Entwicklung moderner Architektur

bildet. Diese wuchtige Monumentalität des Baues, seine originale Ausgestaltung, seine kraftstrotzende Phantasiefülle im Einzelnen zu verfolgen, ist ein künstlerischer Genuss und dabei erscheint es denn vor allem bewundernswert, wie der geniale Mann bei diesem verschwendertisch auftretenden Reichthum an plastischem und architektonischen Schmuck, bei dieser gewaltigen Ausdehnung des einer Flächenraum von 11 638 Quadratmeter umfassenden Sandsteinbaues verstanden hat, die langgestreckten Bauten als eine einheitliche Masse zusammenzuhalten. Es geschieht dies aufs glücklichste durch die vier thurmartigen Aufbauten an den Ecken des als ein gewaltiges Rechteck sich darstellenden Monumentalbaues. Diese 40 Meter hohen Gebäuden, die den 26½ Meter hohen Grundbau wirksam überragen, erfordern als weitere Überragung, als architektonische Notwendigkeit, die vielangefochte Kuppel, die aus der Sandsteinmasse heraus zu wachsen scheint mit ihrer strahlenden Kaiserkrone. Aus Glas und vergoldetem Eisen auf quadratischem Unterbau aufgeführt, steigt sie über dem Sitzungssaale empor, gekrönt von einer als offene Säulenhalde durchgeföhrt, goldschimmernden Laterne. Sie dient als Lichtspenderin für den Sitzungssaal und in glänzender Weise ist die Aufgabe, den ästhetischen und architektonischen und praktischen Zweck gleichzeitig zu erfüllen, hier gelöst.

Freilich das erste Kuppelprojekt war schöner und wäre wirksamer gewesen — daß es ausgegeben werden mußte, ist nicht Wallots Schuld, ebenso wenig wie der Umstand, daß infolge der wenig günstigen Wahl des Platzes dem von der Stadt durchs Brandenburger Thor herkommenden sich nicht die prächtige Hauptfront des Gebäudes darbietet, daß man, um die Schönheiten des Werkes kennen zu lernen und die Wirkung des Kuppelbaues zu empfinden, erst den rechten Standpunkt aussuchen muß und einiges Andere, was ebenfalls durch erzwungene Rücksichtnahme Wallots bedingt wurde.

Die Hauptfront, 131,80 Meter lang, die westliche Seite des Baues, liegt nach dem Königspalast zu, die Ostfront in der Sommerstraße. Die beiden Schmalseiten, 88,30 Meter lang, liegen nördlich am Reichstagsspaziergang, südlich nach dem Tiergarten und Brandenburger Thor zu. Hauptgeschoss und Obergeschoss des Raumes ist durch eine Reihe in Pilaster-Architektur die Fenster der beiden Geschosse umschließender korinthischer Säulen zu einem Ganzen verbunden. Jede der vier Fronten hat einen Mittelbau, der ebenso wie jeder der vier Eckhäuser reichen plastischen Schmuck — Statuen, Gruppen, Reliefs — aufweist. Die Hauptfront zeigt ein von sechs mächtigen Säulen getragenes Festportal. Darüber die große Gruppe von Reinhold Begas und als Abschluß darüber die Kuppel: ein imposanter Anblick! Ungemein künstlerisch wirken jene die Fronten umlaufenden

Pilaster und Säulen, die harmonische Gliederung der Fassaden, die Sicherheit, mit der Wallot den plastischen Schmuck in das Ganze harmonisch eingereicht hat. Diese plastischen Arbeiten sind zum Theil von großer Bedeutung, so vor allem die Germania-Gruppe von Vegas, der die Germania, die Verkörperung des in sich gefesteten deutschen Volksstums, nach Männerart auf dem Streitross stehend vorführt, geleitet von einem germanischen Kriegsreiter und einer poetisch schönen Siegesgöttin. So hat denn, wenn das darunter stehende Giebelfeld auch noch der Inschrift entbehrt, doch die Germania-Gruppe die Bedeutung des Hauses verkörpert als grandioses Symbol dieses Reichsvolkshauses . . .

An neuen Theatergaben hat die Woche nur zweierlei gebracht: ein Lustspiel und ein Volksstück. Letzteres hat die Herren Turner-Lemke und Fritz Odemar zu Verfassern und hat unter dem Titel "Niebern Stand hin aus" am Mittwoch im Belle-Alliance-Theater den Autoren freundlichen Erfolg und Hervorruß eingebracht. Der Titel bezeichnet bereits den Stoff des Stücks, um den eine Reihe flotter, lustiger Episoden gruppiert ist, die am meisten gefallen haben. In ihnen kommt auch der gesunde Humor, der das Ganze durchzieht, am meisten zur Geltung, während die Hauptthandlung straffere Gestaltung verlangt, was übrigens wohl leicht noch nachgeholt werden könnte. Es ist ein an lustigen und drastischen Schwankmomenten reiches, im Kern gefundenes Volksstück, das sich glücklich von Anstötzigkeiten fernhält und bei dem bedauerlichen Mangel an Stücken solcher Art auch außerhalb Berlins Beachtung und Anerkennung finden dürfte.

Das königliche Schauspiel hat mit dem Lustspiel "Halali" von Richard Skowronski einen sehr hübschen, mitunter sogar starken Erfolg errungen. Stoff und Handlung sind klein, aber fein und sympathisch durchgeführt, mit Liebenswürdigkeit und jenem frischen, diesem Autor eigenen Humor, mit lebendiger, gestaltungsklarer Anschaulichkeit. Ein harmloses Stück, das aber um seiner vielsachen Vorzüge Freude macht. In einigen Scenen kommt neben dem Deamatifer auch der Dichter Skowronski zu Wort, den wir in dem schönen Novellenzyklus "Polka Maria" schon bewundert haben. Während in den übrigen Akten die wirkhaften Motive, die erfolgreiche Charakteristik und manch lustige Scene freudigste Heiterkeit erregten, bot der 2. Akt mit seiner vorzüglichen Treiberscene ein allerliebstes realistisches Genrebild, aus dem es strömt wie Heimath- und Erdgeruch. Dieses Wurzeln in der ostpreußischen Heimath, der Skowronski ihren eigenartigen Zauber abgewischt hat, bildet des jungen, mit fröhlichem Wagemuth und erfrischender Ursprünglichkeit schaffenden Autors zuverlässigste Stärke.

Hausbesitzer, welche von der Brunnenkatastrophe betroffen worden sind. Die von den städtischen Kommissionen eingezogenen Kommissionen haben nach vielen Sitzungen die Entschädigungssumme auf 366.168,58 M. festgesetzt. Hierzu sind noch nachträglich einzelne Beträge mit zusammen 2870,43 Mark hinzugekommen, so daß die gesamte Entschädigungssumme 369.039,01 Mark beträgt. Dieser Betrag soll auf Vorschlag der Kommissionen durch die Beträge aus den Sammelstellen, der Schneeballlotterie und der Brunnenlotterie, sowie durch eine Anleihe in Höhe von 30.000 M. gedeckt werden. Erster Bürgermeister Wolff empfiehlt, zunächst über die von den Kommissionen aufgestellten Grundzüge resp. Bedingungen für die zu leistenden Entschädigungen zu berathen, dann von der belegten Übersicht über die vorhandenen Mittel, den bereits gemachten Ausgaben und dem jetzigen Bestande derselben Kenntnis zu nehmen und zuletzt die einzelnen Entschädigungssummen festzusetzen. Die Verhandlung verfährt demgemäß und beschließt, daß die Entschädigungsbeträge unter folgenden Bedingungen zur Auszahlung gelangen sollen: a) Diejenigen Hausbesitzer, welche einen Totalschaden haben, müssen die eingekürzten beschädigten Gebäude abtragen und von Grund auf neu erbauen. b) Diejenigen Hausbesitzer, welche einen vorstellen Schaden erlitten haben und deren Schaden nur bis 1500 M. beträgt, erhalten diesen Betrag ohne Nachwendung der Verwendung ausgeschüttet. Übersteigt dagegen die Entschädigungssumme den Betrag von 1500 Mark, so sind die betreffenden Hausbesitzer gehalten, den früheren baulichen Zustand der Gebäude so herzustellen, daß gegen die Sicherheit ihrer Verwertung resp. Benutzung seitens der Polizeiverwaltung nichts einzuwenden ist, erhalten aber auch sofort 1500 Mark ausgezahlt. Etwaige Überschüsse, welche sich aus der bewilligten Bau summe ergeben, sollen den betreffenden Hausbesitzern mit Genehmigung der Hypothekengläubiger und der städtischen Kollegen verbleiben. Die Weiterberatung der Vorlage wurde hierauf auf nächsten Sonnabend vertagt. — Der Magistrat macht bekannt, daß dieziehung der Brunnenlotterie im heutigen Stadtverordneten-Sitzungssaale am nächsten Donnerstag, den 18. d. Mts. beginne. Die Loope nehmen reisenden Absatz. Gestern Abend veranstaltete der diejenige Ketteverein im Oehlischen Saale eine Wohltätigkeitsvorstellung, welche den Ertrag von 235 M. ergab.

#### Aus den Nachbargebieten der Provinz.

\* Varzin, 6. Dez. [Fürst Bismarck] erläßt folgende Dank- und gebung: "Aus Anlaß des Todes meiner Frau ist mir und den Meinigen aus Deutschland und dem Auslande eine so große Zahl von Kundgebungen warmen Beleids zugegangen, daß zu meinem Bedauern die mir verfügbaren Kräfte nicht ausreichen, den teilnehmenden Absendern einzeln zu sagen, wie sehr sie meinem Herzen wohlgehan haben. Ich bitte alle, welche unserer in diesen Tagen freundlich gedacht, meinen und meine Kinder herzlichen Dank entgegenzunehmen. von Bismarck."

#### Ferdinand v. Lefèvres †.

Paris, 7. Dez. Ferdinand v. Lefèvres ist heute gestorben.

Nun hat auch der „größte der jetzt lebenden Franzosen“, wie er noch vor nicht langer Zeit mit Stolz von seinen Landsleuten genannt wurde, das Zeitalter gesegnet, nachdem er schon seit mehreren Jahren ein todt Mann geworden war. In dem Schicksal des berühmten Ingenieurs spiegelt sich recht augensfällig die Wandelbarkeit der französischen Volkskunst wieder. Diese Nation vergöttert und feiert heute ihre Lieblinge in überschwänglicher Weise, um sie morgen unbarmherzig von ihrem erhabenen Standpunkt wieder hinabzustoßen in Schande und Vergessenheit. Die Franzosen gleichen hierin den Athenern; wie diese so Manchen ihrer verdienstvollen Staatsmänner in die Verbannung jagten, so haben auch die Franzosen den großen Lefèvres, dem sie den gewaltigen Erfolg der Errichtung des Suezkanals verdankten, an seinem Lebensabend die Härte des Schicksals schonungslos fühlen lassen. Allerdings nicht ohne Lefèvres Schuld. Nachdem es ihm gelungen war, den 160 Kilometer langen Kanal von Suez fertig zu stellen und durch dieses bis jetzt unerreichte Bauwerk dem europäischen Handel einen neuen bequemen Weg nach Indien zu eröffnen (allein im Jahre 1890 passirten den Kanal nicht weniger als 3389 Schiffe), wagte er sich an ein noch gewaltigeres Unternehmen, an den Durchstich der Landenge von Panama. Man weiß, wie schmählich das begonnene Werk endete; die kleinen französischen Kapitalisten, kühn gemacht durch den Milliardenprofit, den sie nach Fertigstellung des Suezkanals eingeheimst, gaben mit vollen Händen, blindlings dem Namen Lefèvres vertrauend, ihre Erspartnisse zur Verwirklichung des Panamaprojektes hin — um nicht einen sou wiederzubekommen. Die wildeste Spekulation hatte sich des Unternehmens bemächtigt, die zweifelhaftesten Elemente sich an den genialen Ingenieur herangedrängt und ungeheure Summen flossen in die Taschen einer Klasse von gewissenlosen Männern, die sich an den Sparpfennigen der kleinen Leute bereicherter. Das Unternehmen selbst machte die schlechtesten Fortschritte und nachdem man eine Loosemission nach der anderen herausgegeben und 1600 Millionen Francs verpulvert hatte, war man genöthigt, die Arbeiten der sich entgegensestellenden ungeheuren natürlichen Schwierigkeiten wegen einzustellen. Jetzt brach der Sturm los, der den Ruhm des armen Lefèvres vernichtete; die enttäuschten Massen der Panamogläubiger wollten ein Opfer haben für das Verbrechen, das man an dem Nationalwohlstand begangen, und dieses Opfer war Lefèvres. So wurde der einst gesieierte Mann Frankreichs, der persönlich nichts mit dem Schmuck der Panamafäste zu thun hat und dessen reiner Name nur von heutigen Spekulanten als Aushängeschild benutzt worden war, im März 1893 zu der schimpflichen Strafe von fünf Jahren Gefängnis verurtheilt. Der Kassationshof hatte jedoch Mitleid mit der gefallenen Größe und hob am 15. Juni 1893 das Urtheil auf, sodaß der gebrochene Mann wenigstens seinen Lebensabend nicht im Gefängnishaume beschließen mußte. Wir wollen die hauptsächlichsten Daten aus seinem Leben hier kurz wiedergeben:

Ferdinand Comte de Lefèvres war geboren am 10. November 1805 in Versailles, widmete sich der Ingenieurlaufbahn und schlug dann die diplomatische Karriere ein; er war nach einander franz.

Konsul in Kairo, Rotterdam, Malaga und Barcelona und von 1848—49 Gesandter in Madrid. Bei einem im Jahre 1854 abgefeierten Besuch des Börsenkönigs von Ägypten faßte er den Plan der Durchsteckung der Landenge von Suez, begann 1859 den Bau und führte ihn 1869 zum glücklichen Ende. Daß das später von ihm ins Werk gesetzte Panama-Unternehmen mißlungen, haben wir oben erwähnt. Lefèvres war 1884 Mitglied der Académie française und besuchte 1887 in diplomatischer Mission Berlin, wo man ihn mit ausgezeichneten Höflichkeit behandelte.

#### Geographische Nachrichten.

Wien, 7. Dez. [Abgeordnetenhaus.] Gregorius und Genossen interpelliren wegen Vorgehens der Triester Behörden betreffend die Volksmission mit slowenischen Predigten in der Pfarrkirche Sant' Antonio nuovo sowie wegen der Schwierigkeiten, die dem Triester Dinarus in Ausübung der bischöflichen Pflichten gemacht worden seien. Klu und Genossen interpelliren in derselben Angelegenheit und fragen, ob die Regierung geneigt sei, den herausfordernden Ausschreitungen der Statthalter in Triest gegen die slowenische Bevölkerung entgegenzutreten. — Alfred Corio und Genossen stellen eine Anfrage im Sinne einer nothwendigen Eisenbahnverbindung des Küstenlandes mit dem übrigen Felde unter dem Hinweis, daß eine solche Verbindung auch im Interesse der Hebung des Gefühles der Zusammengehörigkeit des Küstenlandes mit der Monarchie gelegen sei.

Wien, 7. Dez. Der Finanzminister, Dr. v. Blenner, erklärt im Budget-Ausschuß: Um für die  $1\frac{1}{10}$  Mill., welche von der zur vorläufigen Verbesserung der materiellen Lage der untersten drei Beamten-Rangklassen erforderlichen Summe von  $1\frac{1}{10}$  Millionen noch nicht bedeckt sind, spezielle Deckung ohne Störung des Budgetgleichgewichts zu finden, beabsichtigt die Regierung, die hierzu erforderlichen Mittel durch Erhöhung der Staatsentnahmen aus dem Personenverkehr der Eisenbahnen herbeizuschaffen. Der Minister sagt, eine detaillierte Mitteilung könne er nicht machen, da er mit dem Handelsministerium noch nicht über die definitive Formulierung des Gedankens übereingekommen sei. Allein als Prinzip sei obiger Gedanke in Aussicht genommen.

Rom, 6. Dez. Das soeben erschienene Amtsblatt des Justizministeriums veröffentlicht den Bericht der Kommission, welche durch Verfügung des Justizministers vom 4. August 1894 mit dem Auftrage eingesetzt wurde, die Verantwortlichkeit der Beamten, welche an der Untersuchung über die Vorgänge bei der Banca Romana beteiligt waren, festzustellen. Der Bericht tadelt das Verhalten dieser Beamten und erachtet den Justizminister, Maßnahmen in der Verwaltung zu treffen, um das Ansehen der Rechtspflege wiederherzustellen.

Das Amtsblatt veröffentlicht ferner einen Ministerialerlass vom 5. Dezember, durch welchen der Generalstaatsanwalt beim Appellhof in Rom aufgesordert wird, gegen den Rath Di Lorenzo wegen der in dem Berichte der besonderen Untersuchungskommission gegen letzteren erhobenen Beschuldigungen die Disziplinarstrafe anzustrengen. — Bezüglich des ersten Untersuchungsrichters am römischen Gerichtshofe und des Untersuchungsrichters im Prozesse Tanlongo ist ein Gutachten der obengenannten Kommission eingefordert worden.

Paris, 7. Dez. In amtlichen Kreisen verlautet, der Minister Hanotaux habe eine Depesche von Le Myre de Vilars erhalten, welche die Ankunft der Truppen von Reunion in Tamatave meldet. Die Truppen dürften, im Verein mit der Besatzung von Diego-Suarez, Tamatave und Majunga besiegen.

Paris, 7. Dez. Zur Einweihung der deutschen evangelischen Kirche am Sonntag wird aus Berlin auch der Reichs-Oberkonistorialrat D. F. v. d. Goltz, welcher eine von der Kaiserin gewidmete Bibel überbringen wird, hier eintreffen.

Algier, 7. Dez. Die Kaiserin von Österreich traf nach einer stürmischen aber sehr schnellen Überfahrt hier ein und begab sich alsbald in das prächtige Hotel zu Mustapha, wo Zimmer für sie reservirt waren.

Brüssel, 7. Dez. Die Repräsentantenkammer setzt heute die Beratung über die Dotationsfort. Beernaert trat in einer eingehenden Rede den Sozialisten entgegen, befämpfte den Kollektivismus derselben und forderte sie zu einer ausführlichen Besprechung ihrer Tendenzen und Prinzipien in der Kammer auf. Vandevelde sprach sich in einer Entgegnung über die Begriffe des Eigentums, der Familie und des Vaterlandes aus; bezüglich der Religion sei jedem Freiheit zu lassen. Helluytte befämpfte die sozialistischen Thesen. Ansele griff die Kapitalisten festig an. Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Die Civilliste wurde darauf ohne Widerspruch, die Dotation des Grafen von Flandern mit 97 gegen 35 Stimmen bewilligt.

Syrakus, 7. Dez. Ein heftiger Sturm riss in der letzten Nacht die Pylone der elektrischen Beleuchtung nieder, deckte Dächer ab und warf Mauern sowie in der Nähe des Hafens drei Eisenbahnwagen um. Auf See wurden namentlich verankerte Schiffe beschädigt. Auch vom Lande werden Schäden gemeldet.

Copenhagen, 7. Dez. König Christian hat in der vergangenen Nacht recht gut geschlafen, muß aber heute das Bett bücken. Der Zustand ist beinahe unverändert.

Amsterdam, 7. Dez. Dem "Bataviaasch Nieuwsblad", einer in Batavia erscheinenden Zeitung, zufolge, laufen glaubhafte Gerüchte um, daß der Kriegsgeist der Königin Wilhelmina am Montag nach Karangasem auf Bali sich begeben wird.

#### Telephonische Nachrichten

Eigener Fernsprechdienst der Post Sta.

Berlin, 8. Dezember, Morgens.

80 Berliner Architekten, Maurer, Bildhauer und Ingenieure des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine veranstalteten gestern Abend im Krolloischen Elabissement ein Fest zu Ehren Wallots. Anton von Werner eröffnete die Feier und überreichte dem Geselerten das Diplom der Ehrenmitgliedschaft des Vereins Berliner Künstler. Wallot dankte für die Anerkennung der Fachgenossen, erkannte das Entgegkommen der Ministerien an und ermahnte, auf vollständige Kunst hinzuwirken.

Der "Post-Anz." meldet aus Memel: Die Telephonlinie Berlin-Tilsit bis Memel ist fertig gestellt. Die Eröffnung erfolgt noch diesen Monat.

Das "B. T." meldet aus Hamburg: Der Kaufmann Schildknecht, Teilhaber der Firma Sübeck und Schildknecht in Altona, welcher 200.000 M. Depositen Gelder unter sich lagern hat, hat sich der Staatsanwaltschaft selbst gestellt.

Der "Post-Anz." meldet aus Pest: Zwischen Bauern und wandernden Sigeuner entspann sich ein blutiger Kampf auf der Landstraße bei Tordau. Die Sigeuner schlugen einem Bauern Ohren und Nase ab, einem andern stachen sie die Augen aus. Als den Bauern Hilfe kam, tödeten sie 6 Sigeuner und verwundeten 3.

Das "B. T." meldet aus Rom: Es heißt, der Einflußzoll auf Rohbaumholz werde erhöht. Die Spinner und Weber haben dagegen eine Kommission nach Rom gesandt.

Aus Petersburg wird gemeldet: Ein Monstre-Schmugglerprozeß kommt demnächst hier zur Verhandlung unter den 42 Angeklagten sind 30 Post- und Zollbeamte. Die Schmuggler haben Selenwaaren als Wollwaren deklariert. Der Schaden des Staates beträgt 3%, Millionen Rubel.

Der "Post-Anz." meldet aus Belenzona: 2 Familienväter, ein junger Mann und 2 Mädchen, welche in einem mit Holz beladenen Schlitten über den Bielersee fuhren, brachen ein und ertranken. Die Leichen sind noch nicht gefunden. Viel Volk umstellt die Unglücksstätte.

Stockholm, 8. Dez. Das deutsche Geschwader traf heute auf der hiesigen Rhee ein. Prinz Bernadotte fuhr Mittags mit dem Kriegsschiff "Skjoldum" den deutschen Schiffen entgegen. Prinz Heinrich traf Mittags ein, stieg im königlichen Schloß ab und wohnte dann dem königlichen Familiendinner bei. Abends fand ein Bankett statt für die anlässlich der Gustav Adolf-Vereine, wozu die deutschen Geschäftsträger und die Generalkonsule eingeladen waren.

#### Der japanisch-chinesische Krieg.

Shanghai, 7. Dez. Das Reuterbureau meldet das erste Gerücht, der Hof bereite sich vor, Peking zu verlassen.

#### Handel und Verkehr.

\*\* Berlin, 7. Dez. Nach amtlicher Bekanntmachung der Aeltesten der Kaufmannschaft waren die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus per 1000 Liter nach Tallys (100 Liter a 100 Kr.) solo ohne Taxe ins Haus geliefert: Versteuert mit 51 M. Verbrauchsabgabe: am 30. Nov. 50,3 M., am 1. Dez. 51,0 M., am 3. Dez. 51,2 M., am 4. Dez. 51,4 M., am 5. Dez. 51,4 M., am 6. Dez. 51,4 M.; mit 70 M. Verbrauchsabgabe: am 30. Nov. 31,3 M., am 1. Dez. 31,5 M., am 3. Dez. 31,6 M., am 4. Dez. 31,8 M., am 5. Dez. 31,8 M., am 6. Dez. 31,8 M.

W. B. Petersburg, 7. Dez. Gestern ist hier der allerhöchste Befehl unterzeichnet worden, wonach eine 3% prozentige Anleihe im Betrage von 400 Millionen Francs emittiert wird. Die Anleihe bezweckt den Rückkauf der 5 prozentigen Obligationen der Eisenbahnen Pott-Tiflis, Krasch-Worishansk, Orel-Witebsk, Warschau-Terespol, Brest-Grajewo, Mitaibahn, Donezibahn, Baltische Bahn, Lwow-Sewastopol, drei Eisenbahnen der Riga-, Dwinsk- und Tambow-Ösel-Bahnen.

#### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1894.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. reduz. innm;	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
Stunde.	66 m Seehöhe.			
7. Nachm. 2	754,7	S W 1. Zug	bedeut	+ 15
7. Abends 9	755,8	S mäßig	bedeut	+ 15
8. Morgs. 7	756,3	S 1. Zug	bedeut	+ 05
1) Vormittags leichter Regen; am Tag über Nebel.				
M. M. 7. Dez. Wärme-Maximum + 25° C.				
Am 7. - Wärme-Minimum + 1,1°				

#### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 7. Dez. Morgens 0,76 Meter.  
7. - Mittags 0,76  
8. - Morgens 0,74

#### Produkten- und Börsenberichte.

Breslau, 7. Dez. (Schlußkurie.) Schwankend.  
Neue Proz. Reichsanleihe 95,20, 3% proz. B.-Pfanbr. 101,40, Konso. Türk. Boose 11,75, 4% proz. ung. Goldrente 101,15, Bresl. Distontobant 107,00, Breslauer Wechslerbank 103,50, Kreditaktien 288,35, Schles. Bankverein 117,00, Donnersmarckbütte 111,75, Glöther Maschinenbau —, Rattowiger Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 127,00, Oberschles. Eisenbahn 77,35, Oberh.-Borsig 80,00, Schles. Cement 164,75, Oppeln. Cement 115,60, Krakau 127,50, Schles. Binkfaktien —, Laura-Jütte 123,25, Bresl. Oelfab. 85,75, Österreich. Banknoten 163,85.

Paris, 7. Dez. (Schlußkurie.) Fest.  
3% proz. amort. Rente 101,80, 3% proz. Rente 102,47%, Italien 5% proz. Rente 86,35, 4% proz. ungar. Goldrente 101,62%, III. Egypt. Aktie —, 4% proz. Span. 4. Ans. 73%, 10% Turk. 25,72%, Lübeck-Boose 126,40, 4% proz. Turk. Bröltäts. Obligationen 1890 483,70, Französisch 803,75, Lombarden —, Banque Ottomane 671,00, Banque de Paris 728,00, Banq. d' Escoume —, Rio Tinto 378,10, Suezkanal 304,50, Fred. Pomm. 796,00, B. de France 353,00, Lab. Ottom. —, Wechsel a. dt. Bl. 122%, Londoner Wechsel t. 25,12, Thg. a. London 25,18%, Wechsel Amsterdam 1. 205,87, bo. Wien 1. 199,50, bo. Madrid 1. 445,00, Recklowa 613,00, Wechsel a. Italien 6%, Recklowa 187,00, Portugies. 25,62%, Portua. Taba's. Obligat. 428,00, 4% proz. Russen 65,50, Griech. 1%.

London, 7. Dez. (Schlußkurie.) Fest.

Egypt. 2 1/4% proz. Consols 102 1/16, Bresl. 4% proz. Consols —, Italien 5% proz. Rente 85%, Lombarden 9%, 4% proz. 1889 Russen 1. Serie 103%, kontr. Türk. 25%, Silber. —, österr. Goldrente —, 4% proz. ungar. Goldrente 101, 4% prozent. Spanier 73 3/4, 3 1/2% proz. Egypt. 100%, 4% proz. unifiz. Egypt. 102%, 3 1/2% proz. Emden 98%, 4% proz. Berliner 7

